

Vorlage

der Berichterstatter/innen

an den Haushalts- und Finanzausschuss

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
16. WAHLPERIODE

VORLAGE
16/513

A07, A14

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2013 (Haushaltsgesetz 2013)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/1400

Einzelplan 04

Geschäftsbereich des Justizministeriums

Bericht über das Ergebnis des Berichterstattergesprächs zu Einzelplan 04 gemäß § 53 Abs. 1 in Verbindung mit Nr. 6 der Anlage 3 zur Geschäftsordnung des Landtags Nordrhein-Westfalen

Hauptberichterstatter Berichterstatter/in

Abg. Dirk Wedel
Abg. Markus Weske
Abg. Christian Möbius
Abg.'e Verena Schäffer
Abg. Dietmar Schulz

FDP
SPD
CDU
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
PIRATEN

Das Ergebnis des Berichterstattergesprächs zu Einzelplan 04 ergibt sich aus dem als Anlage beigefügten Ergebnisvermerk.

Anlage

Ergebnisvermerk über das Berichterstattergespräch zu Einzelplan 04 - Geschäftsbereich des Justizministeriums - am 16. Januar 2013

1. Teilnehmerinnen / Teilnehmer

Abg. Dirk Wedel	FDP
Abg. Markus Weske	SPD
Abg. Christian Möbius	CDU - entschuldigt
Abg. Verena Schäffer	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Abg. Dietmar Schulz	PIRATEN
Daniel Möller	wissensch. Referent FDP
Björn Luxat	wissensch. Referent PIRATEN
MDgt. Peter Kamp	Justizministerium
RiLG Dr. Alexander Meyer	Justizministerium
RD Jörg Ludley	Justizministerium
MR'in Brigitte Lohaus	Finanzministerium
OAR'in Andrea Gaschau	Finanzministerium
AR'in Beatrix Burtscheidt	Finanzministerium
OAR'in Birgit Hielscher	Landtagsverwaltung

2. Allgemeines

Die Berichterstatterin und Berichterstatter der Fraktionen erörterten am 16. Januar 2013 den Einzelplan 04, Geschäftsbereich des Justizministeriums (Drucksache 16/1400) unter Heranziehung des Erläuterungsbandes Vorlage 16/446 mit den zuständigen Vertreterinnen des Justizministeriums und des Finanzministeriums.

3. Im Einzelnen

Kapitel 04 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel 111 10 Einnahmen aus dem Registerportal

Der Hauptberichterstatter erkundigt sich nach dem (voraussichtlichen) IST für 2012.

Nachträgliche Ergänzung zum Protokoll: Das IST des Jahres 2012 beläuft sich voraussichtlich auf 3.443.821,54 €

Titel 443 20 Ausgaben für das Gesundheitsmanagement

Der Hauptberichterstatter möchte wissen, ob die Ansatzserhöhung hier mit der Ansatzreduzierung bei Titel 443 10 korrespondiert.

Nein, bei Titel 443 10 handelt es sich um eine IST-Anpassung.

Titel 526 40 Kosten für externe Beratungsleistungen im Rahmen der strukturellen Erneuerung der Justiz

Auf Nachfrage des Hauptberichterstatters wird ausgeführt, dass der Ansatz für 2011 aufgrund der vorläufigen Haushaltsführung in 2011 nur zur Hälfte verausgabt worden sei.

Titelgruppe 60 Ausgaben für die Informationstechnik

Der Hauptberichterstatter erkundigt sich wegen Hinweisen im Erläuterungsband, Vorlage 16/ 446, nach dem Sachstand und der weiteren Entwicklung bei der Einführung der elektronischen Aktenführung.

Die Vertreter der Landesregierung führen aus, dass der elektronische Rechtsverkehr in den Jahren 2018 bis 2022 in den Ländern eingeführt werden soll. Ab dem 1. Januar 2018 soll die Einreichung elektronischer Dokumente ermöglicht werden, ab dem 1. Januar 2022 soll dies für Rechtsanwälte pp. bundesweit verpflichtend sein. Den Ländern soll die Möglichkeit eingeräumt werden, bereits ab dem 1. Januar 2020 die elektronische Einreichung verpflichtend vorzuschreiben. In Münster befinde sich ein Testlabor für die ergonomische elektronische Akte.

Darüber hinaus fragt der Hauptberichterstatter nach einer etwaigen neuen Entwicklung hinsichtlich der Zentralisierung der Informationstechnik.

Hierauf wird ausgeführt, dass eine zentrale Datenhaltung im Geschäftsbereich der Justiz verfassungsrechtlich unbedenklich sei. Es gebe aber noch offene organisatorische Fragestellungen sowie die Frage der Verzahnung mit dem Projekt e-justice. Hier seien erste Ergebnisse im Laufe des 1. Halbjahres 2013 zu erwarten.

Titel 538 60 Ausgaben für Datenverarbeitung

Der Hauptberichterstatter erkundigt sich, weshalb keine Anpassung in Höhe des IST 2011 erfolgt sei und wünscht die Angabe des (voraussichtlichen) IST für 2012.

Der gleichbleibende Mittelansatz zu 2012 sei der vorläufigen Haushaltsführung in 2011 geschuldet, deren Maßstab im Bereich der IT besonders streng gehandhabt werde.

Nachträgliche Ergänzung zum Protokoll: Das IST des Jahres 2012 beläuft sich voraussichtlich auf 18.795.587,38 €. Das IST bei Titel 812 60 beläuft sich voraussichtlich auf 18.010.539,49 €

Titel 546 11 Aufwendungen für Leistungen des Bau- und Liegenschaftsbetriebs NRW und anderer Dienstleister

Auf Nachfrage des Hauptberichterstatters wird ausgeführt, dass der Ansatz der Vorbereitung der Ausschreibung zur Vergabe von Planungs- und Bauleistungen an externe Anbieter, aber auch den BLB, dienen soll.

Kapitel 04 210 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Titel 112 01 Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten

Der Berichterstatter der PIRATEN-Fraktion erkundigt sich nach der Ursache der deutlichen Mittelreduzierung im Ansatz 2013.

Die Landesregierung ist gehalten, in Aussicht stehende Einnahmen im Haushalt anzusetzen. Für 2011 waren aus Strafverfahren entsprechend hohe Beträge angefallen, die sich in 2013 voraussichtlich nicht in gleicher Höhe wiederholen werden.

Titel 422 01 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter

Welche Aufgaben kommen der zusätzlichen Planstelle für einen Vizepräsidenten/eine Vizepräsidentin des Oberlandesgerichts zu, möchte der Hauptberichterstatter unter Hinweis auf Ausführungen in dem Erläuterungsband wissen.

Die Planstelle werde wegen der Qualität der Aufgaben im Rahmen der IT-Zentralisierung erforderlich und könne ggf. beim OLG Hamm angesiedelt sein.

Titel 427 01 Entgelte für Aushilfen

Der Hauptberichterstatter erkundigt sich nach dem (voraussichtlichen) IST für 2012 und etwaigen Auswirkungen auf die Zahl von Entfristungen.

Die Landesregierung stellt klar, dass in 2012 305 zusätzliche Stellen für Entfristungen eingerichtet wurden, so dass in 2013 die Ist-Ausgabe beim Aushilftitel 427 01 voraussichtlich sinken wird.

Nachträgliche Ergänzung zum Protokoll: Das IST des Jahres 2012 beläuft sich voraussichtlich auf 15.838.305,03 €.

Titel 429 10 Vergütungen der Referendarinnen und Referendare im juristischen Vorbereitungsdienst

Der Hauptberichterstatter erkundigt sich mit Blick auf die Absenkung des Ansatzes nach der Entwicklung der Zahl der Rechtsreferendare und Rechtsreferendarinnen.

Nachträgliche Ergänzung zum Protokoll: Die Zahl der Rechtsreferendare und Rechtsreferendarinnen hat sich wie folgt entwickelt (jeweils am 01.01.):

2008: 5.245

2009: 5.137

2010: 4.689

2011: 4.366

2012: 3.790

(Für 2013 liegt die Zahl noch nicht vor)

**Titel 532 10 Auslagen in Rechtssachen (einschl. Reisekosten) - ohne
Auslagen in Insolvenzverfahren**
Titel 532 20 Auslagen in Insolvenzverfahren

Die Berichterstatterin der GRÜNE-Fraktion konstatiert einen deutlichen Ansatzzuwachs bei den Auslagen und erkundigt sich nach der Ursache.

Unter Hinweis auf die in dem Erläuterungsband dargestellte Ausgabenentwicklung in den vergangenen elf Jahren erläuterten die Vertreter der Landesregierung, dass für den Mittelansatz 2013 die sich ergebende durchschnittliche Steigerungsrate von 3% zugrunde gelegt wurde. Grundsätzlich seien die Ausgaben nicht steuerbar, mithin lediglich eine Anpassung an das IST erfolgt.

Eigene Berechnungen ergaben für den Hauptberichterstatter einen deutlich niedrigeren Zuwachs als den durch den angegebenen Durchschnittswert veranlassten Zuwachs.

Hierauf wurde entgegnet, dass bei Aufstellung des Haushaltsentwurfs die Daten zu 2012 noch nicht vorlagen. Man sei von einer höheren Steigerung als dem dann tatsächlich entstanden IST für 2012 ausgegangen. Eine entsprechende Anpassung für 2014 wurde in Aussicht gestellt.

**Titel 546 50 Aufwandsentschädigung und Vergütung an Vormünder,
Pfleger und Betreuer**

Die Berichterstatterin der GRÜNE-Fraktion konstatiert einen deutlichen Ansatzzuwachs und erkundigt sich nach der Ursache und nach dem IST 2012.

Als voraussichtliches IST für 2012 wird ein Betrag in Höhe von 203 Mio. Euro angegeben. Unter Hinweis auf die in dem Erläuterungsband dargestellte Ausgabenentwicklung in den vergangenen zwei Jahrzehnten erläuterten die Vertreter der Landesregierung, dass für den Mittelansatz 2013 eine Steigerungsrate von knapp 5% zugrunde gelegt wurde. Tendenziell nehme die Zahl der Betreuungen insgesamt zu.

**Titel 684 20 Zuwendungen an freie Träger zur Förderung der beruflichen
Wiedereingliederung von Strafgefangenen und Haftentlassenen**

Der Hauptberichterstatter merkt an, dass im Erläuterungsband, Vorlage 16/ 446, dargelegt sei, dass das Programm zur Förderung von Projekten freier Arbeit zum Zweck der Haftvermeidung in fünf weiteren Einrichtungen geplant sei und fragt, welche Einrichtungen dies seien. Welche Ziele würden mit den Projekten verfolgt?

Eine örtliche Festlegung sei noch nicht erfolgt. Mit den Projekten für die Förderung gemeinnütziger Arbeit sollen u.a. Ersatzfreiheitsstrafen vermieden werden. Dies brächte zudem eine Kostenreduzierung für die JVA's mit sich. Die Betroffenen würden einer sinnvollen Beschäftigung nachgehen.

Titel 633 10	Kosten der nachsorgenden Betreuung entlassener Gefangener in forensischen Ambulanzen
Titel 684 30	Zuwendungen an freie Träger für die Mitwirkung bei der Behandlung von Sexualstraftätern
Titel 684 50	Zuwendungen an freie Träger zur Förderung der Täterarbeit

Der Hauptberichterstatter erkundigt sich nach den Ursachen der Absenkung des Ansatzes bei Titel 633 10 und dem voraussichtlichen IST 2012 bei den Titeln 684 30 und 684 50.

Die Aufwendungen für eine nachsorgende Betreuung werden überwiegend von Sexualstraftätern veranlasst, die nach der Entlassung einen Anspruch auf eine ergänzende Therapie hätten. Die nachsorgende Betreuung entlassener Gefangener soll künftig auf zwei Kliniken, u. a. in Langenfeld konzentriert werden, was zu strukturellen Einsparungen führen wird. Mit einer Klinik in Bielefeld werden derzeit Gespräche geführt.

Nachträgliche Ergänzung zum Protokoll: Das IST des Jahres 2012 bei Titel 684 30 beläuft sich voraussichtlich auf 439.644,94 €, bei Titel 684 50 auf 341.525,94 €.

Kapitel 04 250 Landessozialgericht und Sozialgerichte

Titel 422 01	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter
---------------------	--

Unter Hinweis auf den Erläuterungsband möchte der Hauptberichterstatter erfahren, ob die vier neuen Planstellen der BesGr. A 4 kostenneutral eingerichtet würden.

Die Aufgabe der Eingangskontrolle werde bislang von Aushilfskräften ausgeführt, deren Beschäftigungsverhältnisse nunmehr entfristet werden sollen. Insofern erfolge der Stellenzuwachs kostenneutral.

Kapitel 04 410 Justizvollzugseinrichtungen

Titel 125 10	Betriebseinnahmen aus den Eigenbetrieben
---------------------	---

Der Hauptberichterstatter fragt, ob angesichts des IST 2011 der Mittelansatz für 2013 nicht zu hoch gegriffen sei.

Die Einführung von EPOS sei mit einer Abgrenzungsproblematik verbunden, die einige Mittelverschiebungen nach sich zögen. Der Mittelansatz beruhe daher nicht auf dem IST für 2011.

Titel 511 60	Gefangenenbücherei, Bekleidungs- und Ausstattungsgegenstände sowie Körperpflege- und Reinigungsmittel für Gefangene
---------------------	--

Die Berichterstatterin der GRÜNE-Fraktion konstatiert eine Verdoppelung des Ansatzes und erkundigt sich nach der Ursache.

Die Vertreter der Landesregierung führen aus, dass zum einen der SOLL-Ansatz in 2012 zu gering ausgefallen sei und nun eine Korrektur erfolge. Zum anderen zöge die Einführung von EPOS mit damit verbunden Abgrenzungen bei Buchungen einige Mittelverschiebungen nach sich, so z.B. Reduzierungen bei Titel 514 60 und 511 01.

Titel 517 01 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume

Der Hauptberichterstatter erkundigt sich nach den Hintergründen der Erhöhung.

Die Anpassung stehe u.a. im Zusammenhang mit der Modernisierung von Gebäuden des offenen Vollzugs in Bielefeld-Senne. Die Modernisierung habe eine Erhöhung der Auslastung mit Gefangenen und damit einen erhöhten Mittelbedarf zur Folge.

Titel 636 10 Arbeitslosenversicherung für Gefangene

Der Hauptberichterstatter nimmt positiv zur Kenntnis, dass die Beschäftigungsquote bei den Gefangenen gestiegen ist.

TG 60 - Titel 547 60 Sonstige Ausgaben für die Versorgung und Betreuung der Gefangenen

Unter Hinweis auf den Haushaltsvermerk Ziffer 1 zu Titel 547 60 will der Berichterstatter der SPD wissen, ob infolge der Umstellung der Rundfunkgebühren auf einen Rundfunkbeitrag mit Ausgabenänderungen zu rechnen sei.

Nein.

TG 80 - Titel 547 80 Leistungen an Träger von Bildungsmaßnahmen sowie Kosten der nebenamtlich oder im Vertragsverhältnis beschäftigten Personen sowie die im unmittelbaren Zusammenhang damit stehenden Ausgaben für Sachmittel

Der höhere Mittelansatz gegenüber dem IST 2011 (gleichbleibend gegenüber 2012) sei auf neue Ausschreibungen und neue Angebote an Gefangene zurückzuführen. Das voraussichtliche IST 2012 betrage ca. 8,2 Mio Euro.

Personalbedarfsberechnung PEBB\$Y (S. 84 ff. Erläuterungsband zu EP 04, Vorlage 16/446)

Der Hauptberichterstatter erkundigt sich nach den personalverwendungsbasierten Belastungsquoten und wünscht eine Aktualisierung der Daten aus Vorlage 16/231 mit gesonderter Ausweisung der Daten für die Fachgerichtsbarkeit. Darüber hinaus fragt er nach den Hintergründen der unterschiedlichen Angaben zur Stellenverwendung einerseits und der Personalverwendung andererseits.

Die Verwendungszahlen weisen die tatsächliche Besetzung von Stellen unter Berücksichtigung von Abwesenheitszeiten ab 21 Tagen innerhalb eines Quartals aus. Zu den Abwesenheitszeiten zählt dabei nicht der Erholungsurlaub, wohl aber z. B. Krankheit und Elternzeit.

Nachträgliche Ergänzung zum Protokoll: Die erbetenen Zahlen sind als Anlage zu dem Protokoll beigefügt.

Dirk Wedel MdL
Hauptberichterstatter

Markus Weske MdL
Berichterstatter

Verena Schäffer MdL
Berichterstatterin

Dietmar Schulz MdL
Berichterstatter

**Belastung in den Gerichtsbarkeiten und Staatsanwaltschaften
des Landes Nordrhein-Westfalen im Jahr 2012***

Gerichtsbarkeiten und Staatsanwaltschaften insgesamt (Epl. 04)					
Dienstzweig	Personal- bedarf*	stellenbasiert		personalverwendungs- basiert	
		kontingentierte Stellen	Belastungs- quote	Personal- verwendung*	Belastungs- quote
Richter	4.969,90	4.723,45	105,22	4.432,86	112,11
Staatsanwälte	1.140,83	1.057,50	107,88	965,95	118,10
Amtsanwälte	418,39	307,00	136,28	267,11	156,64
gehobener Dienst	3.545,01	3.271,50	108,36	2.840,77	124,79
mittler und Schreibdienst	10.094,99	10.003,44	100,92	9.070,91	111,29
einf. Dienst (nur Kap. 04 210)	1.801,01	1.739,50	103,54	1.497,17	120,29

Ordentliche Gerichtsbarkeit/Staatsanwaltschaften (Kap. 04 210)					
Dienstzweig	Personal- bedarf*	stellenbasiert		personalverwendungs- basiert	
		kontingentierte Stellen	Belastungs- quote	Personal- verwendung*	Belastungs- quote
Richter	3.815,71	3.597,75	106,06	3.368,78	113,27
Staatsanwälte	1.140,83	1.057,50	107,88	965,95	118,10
Amtsanwälte	418,39	307,00	136,28	267,11	156,64
gehobener Dienst	3.298,07	2.987,50	110,40	2.605,93	126,56
mittler und Schreibdienst	8.965,78	8.769,07	102,24	7.985,13	112,28
einf. Dienst	1.801,01	1.739,50	103,54	1.497,17	120,29

Verwaltungsgerichtsbarkeit (Kap. 04 220)					
Dienstzweig	Personal- bedarf*	stellenbasiert		personalverwendungs- basiert	
		kontingentierte Stellen	Belastungs- quote	Personal- verwendung*	Belastungs- quote
Richter	456,70	443,00	103,09	425,58	107,31
gehobener Dienst	74,27	80,00	92,84	65,92	112,67
mittler und Schreibdienst	296,97	315,00	94,28	285,18	104,13

Finanzgerichtsbarkeit (Kap. 04 230)					
Dienstzweig	Personalbedarf*	stellenbasiert		personalverwendungs-basiert	
		kontingentierte Stellen	Belastungsquote	Personalverwendung*	Belastungsquote
Richter	161,57	158,70	101,81	146,83	110,04
gehobener Dienst	33,99	45,00	75,53	36,80	92,36
mittler und Schreibdienst	89,40	104,00	85,96	86,93	102,84

Arbeitsgerichtsbarkeit (Kap. 04 240)					
Dienstzweig	Personalbedarf*	stellenbasiert		personalverwendungs-basiert	
		kontingentierte Stellen	Belastungsquote	Personalverwendung*	Belastungsquote
Richter	212,05	212,00	100,02	195,35	108,55
gehobener Dienst	78,89	96,00	82,18	79,67	99,02
mittler und Schreibdienst	311,79	349,37	89,24	303,93	102,59

Sozialgerichtsbarkeit (Kap. 04 250)					
Dienstzweig	Personalbedarf*	stellenbasiert		personalverwendungs-basiert	
		kontingentierte Stellen	Belastungsquote	Personalverwendung*	Belastungsquote
Richter	323,87	312,00	103,80	296,32	109,30
gehobener Dienst	59,80	63,00	94,92	52,45	114,01
mittler und Schreibdienst	431,04	466,00	92,50	409,74	105,20

*Personalbedarf nach der Hochrechnung auf Basis der Ergebnisse des I. bis III. Quartals 2012, Personalverwendung des III. Quartals 2012.